
Sitzung des Kreistags am 29. April 2009, Aktuelle Stunde
Redemanuskript – es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Kreispräsident,
meine Damen und Herren.

Am 6. Juni – also unmittelbar vor den Wahlen zum Europäischen Parlament – wollen Neonazis durch Pinneberg marschieren.

Das für dieses Wochenende geplante Kleinkunstfest wurde deshalb vom Veranstalter abgesagt. Ein, wie ich finde, fatales Signal in die falsche Richtung.

Seit Thomas Wulff, der sich selbst nach einem SS-Gruppenführer und General der Waffen-SS „Steiner“ nennt, diesen Aufmarsch angemeldet hat, mobilisieren die Neonazis bundesweit zu diesem von ihnen so genannten „Tag der deutschen Zukunft“.

Lassen Sie mich zuerst ein paar Worte zu den handelnden Personen sagen.

Thomas „Steiner“ Wulff ist bereits seit den 1980ern im Umkreis der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ bzw. deren Nachfolgeorganisation „Gesinnungsgemeinschaft der neuen Front“ des Michael Kühnen und des Christian Worch aktiv. Mancher unter Ihnen wird sich an diese berüchtigten Neonazis erinnern, waren sie es doch, die in den 1970ern mit übergestülpten Eselsmasken und Schildern mit der Aufschrift „Ich Esel glaube noch an Auschwitz“ über die Dag-Hammerskjöld-Brücke am Dammtorbahnhof in Hamburg marschierten.

Wulff war und ist seither in verschiedenen neofaschistischen Organisationen tätig. So auch in der „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP), die eine zeitlang ihr Unwesen auch in Halstenbek trieb. Wulff ist derjenige, der im Juli 2008 bei der Beisetzung des Führers der FAP, Friedhelm Busse, eine Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz über den Sarg breitete. Die wurde durch eine polizeiliche Maßnahme wieder entfernt. Der Passauer Polizeipräsident Alois Mannichl, der das veranlasst hatte und im übrigen recht konsequent gegen Neofaschisten vorgeht, wurde am 13. Dezember letzten Jahres niedergestochen – die Umstände legen nahe, dass der Täter aus der Naziszene stammt.

Seit 2004 ist Wulff Mitglied der NPD. Er wurde dort enger Vertrauter des Parteivorsitzenden Voigt und wurde als dessen Referent für die

Koordination mit den „Freien Kameradschaften“ zuständig. Auf ihrem Sonder-Parteitag Anfang diesen Monats wurde der mehrfach wegen Volksverhetzung, Leugnung des Holocaust, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener vorbestrafte Wulff erneut in den Bundesvorstand der NPD gewählt.

Ebenfalls im Bundesvorstand dieser Neonazi-Organisation ein weiterer langjähriger Gefährte: der Hamburger „Rechtsanwalt“ Jürgen Rieger – hier bekommt der Begriff Rechtsanwalt eine ganz eigene Bedeutung. In einer Sendung auf N3 am 8. April scheut sich dieser Mann nicht, offen mit Mord zu drohen: „Warten Sie's doch ab, wenn erst der erste Reporter umgelegt ist, der erste Richter umgelegt ist, wissen sie, es geht los. Reporter, Richter, Polizist ...“

Immer wieder werden Menschen Opfer faschistischer Überfälle, wie etwa am 18. April in Kiel. In der Innenstadt hatte der "Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus" zu einem Straßenfest aufgerufen. Dorthin machten sich mehr als 20 Neonazis der so genannten „Aktionsgruppen Nationaler Sozialisten“, teils bewaffnet mit Holzknüppeln, auf den Weg. Unterwegs misshandelten sie ein Mitglied einer „Ballett-Kompagnie“ – also einen völlig Unbeteiligten – so schwer, dass es mit einem doppelten Schädelbasisbruch ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Lassen Sie mich noch ein Beispiel aus Kiel anführen. In einem – wie soll ich es nennen? Bericht? – auf einer NS-Internetseite wird ein Auftritt vom 7. April dargestellt mit Schwerpunkt auf die „Repression durch die Helfer und Helfershelfer des Systems“ – gemeint ist hier insbesondere die Polizei. Illustriert ist das Ganze mit einem Foto, auf dem Neonazis ein Transparent tragen mit der Aufschrift „K. Diesner, wir danken dir“.

Der da demonstrativ vorgetragene Dank gilt einem Polizistenmörder. Am 19. Februar 1997 verübte der Neonazi Diesner auf den Buchhändler Klaus Baltruschat (PDS) in Berlin-Marzahn einen Mordanschlag. Klaus Baltruschat überlebte schwer verletzt und verlor einen Arm. Auf der Flucht geriet Diesner am 23. Februar auf dem Parkplatz „Roseburg“ an der A 24, in der Nähe von Mölln in eine Fahrzeugkontrolle. Er eröffnete sofort aus einer so genannten Pumpgun das Feuer auf die Beamten. Stefan Grage, 33 Jahre alt, starb, ein weiterer Beamter wurde schwer verletzt.

Bei dem genannten Auftritt am 7. April hält, so schreibt die Nazi-Seite „Ratsherr Kamerad Guttsche ... eine aufschlussreiche Ansprache zur Lage in Kiel“. Besagter Guttsche ist der Abgeordnete der NPD im Kieler Rathaus.

Seit 1990 sind mindestens 140 Todesopfer von Gewalttaten mit rechtsextremem Hintergrund zu beklagen. Sie stecken Häuser an, in denen

Türken wohnen, werfen Farbige aus dem fahrenden Zug, erschlagen Obdachlose, erschießen Polizisten ...

Diese Kräfte wollen hier am 6. Juni aufmarschieren.

Sie vertreten eine Weltanschauung, nach der die Abstammung bestimmt wer dazu gehört oder nicht. Sie knüpfen unmittelbar an die Ideologie der NS-Zeit an. Rassismus und Nationalismus, das sozialdarwinistische Prinzip vom Stärkeren, der sich durchsetzt, führte zur Ermordung von Millionen Menschen, führte zum mörderischen Zweiten Weltkrieg.

Im Kreis Pinneberg leben Menschen aus den unterschiedlichsten Ländern und Kulturen. Wir treten für ein offenes und solidarisches Miteinander ein. Deshalb bekämpfen wir jegliche Form von Menschenverachtung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Dem wieder zunehmenden Antisemitismus muss mit aller Entschiedenheit entgegen getreten werden. Das immer ungehemmtere Auftreten von Neonazis darf nicht hingenommen werden.

Der Kampf gegen faschistische Tendenzen und ihre Organisationen stellt in dieser Gesellschaft eine ständige Herausforderung und für DIE LINKE. einen Schwerpunkt auf kommunaler Ebene dar.

Antifaschismus ist für uns ein kommunaler Grundwert.

Faschistische Ideologien gehören auch deshalb auf kommunaler Ebene verboten und geächtet, weil sie auf Abwertung, Ausgrenzung und Verfolgung von Einwohnern einer Gemeinde zielen.

Grundlage des Gemeindeverfassungsrechtes ist dagegen die Verpflichtung der Gemeinden, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern – aller dort Lebenden, unabhängig von ihrer Herkunft und auch unabhängig davon, ob sie die deutsche Staatsbürgerschaft anstreben oder nicht.

Wir fordern Kreis, Städte und Gemeinden, Vereine und Verbände auf, aktiv zu werden, und antifaschistische Programme und Initiativen zu unterstützen.

Kommunale Anstrengungen für eine menschenwürdige Asyl-, Flüchtlings- und Migrantpolitik sind zu verstärken. Die Abschiebepolitik muss beendet werden. Im Kreis und in den Städten fordern wir Migrant*innenbeiräte und Ausländerbeauftragte als Interessenvertretung.

Die EU-Antidiskriminierungsrichtlinien sind durch das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) umgesetzt worden. Da betroffene Bürgerinnen und Bürger eine zentrale Ansprech- und Beratungsstelle brauchen, fordert DIE LINKE. die Schaffung einer für das ganze Kreisgebiet zuständigen Antidiskriminierungsstelle.

Wir begrüßen, unterstützen und arbeiten mit in den verschiedenen Initiativen in unserem Kreis, von den Aktivitäten junger Antifaschisten, über die „Aktion Stolperstein“, bis hin zu antifaschistischen Stadtrundgängen. Wir begrüßen, dass der Herr Kreispräsident alljährlich am 27. Januar eine würdige Gedenkfeier aus Anlass des internationalen Gedenktages für die Opfer des National-Sozialismus.

Insbesondere begrüßen wir, dass ein breites Bündnis aus Anlass des Nazi-Marsches aufruft, sich „den Neonazis mit vielseitigem und kreativem antifaschistischen Protest in den Weg zu stellen“.

Wir appellieren an alle demokratischen gesellschaftlichen Kräfte im Kreis Pinneberg, sich mit uns für das Verbot der NPD und anderer neofaschistischen Organisationen und ihrer Umtriebe einzusetzen.

Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen!

Keine Neonazis in Pinneberg oder anderswo!

Für ein solidarisches Miteinander!
